

WTO

Regelwerk für Auslandsinvestitionen

Die WTO, Nachfolgerin des GATT, hat ausgerechnet, daß es ohne das Welthandelsabkommen 7503 Außenhandelsverträge zwischen 123 Staaten geben müßte. Auslandsinvestitionen fallen nicht unter das Abkommen, und so gebe es bereits 1160 bilaterale sowie einige regionale und multilaterale Abkommen. Es sei deshalb an der Zeit, ein globales Regelwerk für grenzüberschreitende Investitionen anzustreben. Die WTO bemüht sich nun um ein Mandat für ein solches Abkommen. Die Ministerkonferenz im Dezember in Singapur kann es ihr erteilen.

Zur Vorbereitung auf die Behandlung dieses Themas hat die WTO untersucht, in welchem Verhältnis Außenhandel und Auslandsinvestitionen stehen. Es hat errechnet, daß die jährlich geleisteten Direktinvestitionen in dem Zeitraum von 1973 bis 1995 das Zwölfwache des Ausgangswertes erreicht haben (von 25 auf 315 Mrd. \$), während es beim Außenhandel nur das Achteinhalbfache gewesen sei (von 575 auf 4900 Mrd. \$, nicht gerechnet die grenzüberschreitenden Dienstleistungen mit einem Volumen von 1200 Mrd. \$).

Die Untersuchung im einzelnen hat ergeben, daß die Auslandsinvestitionen ein Motor auch für den Außenhandel der beteiligten Länder sei: je mehr Investitionsaustausch, desto größer das Außenhandelsvolumen. Es ist diese innere Beziehung zwischen den Hauptformen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die die WTO veranlaßt, parallel zum Welthandelsabkommen auch ein Weltinvestitionsabkommen zu erarbeiten.

Amerikanische Sanktionen

Die USA haben mit dem Helms-Burton-Gesetz nicht nur für amerikanische Unternehmen wirksame Verbote im Kuba-Handel erlassen, sondern auch für solche aus Drittländern. Ein wesentliches Ziel dabei ist der Schutz enteigneten Grundbesitzes amerikanischer Investoren durch Androhung von Sanktionen bei Verstößen. Die EU hat vorsorglich das Schiedsgericht der WTO angerufen (das Gesetz ruht zur Zeit), um feststellen zu lassen, daß eine solche Maßnahme gegenüber Drittländern gegen das Welthandelsabkommen verstoße. Kanada ist der europäischen Beschwerde formell beigetreten, viele andere Staaten stützen die europäische Ansicht. Der Schiedsspruch muß, gemäß den Regeln der WTO, binnen 18 Monaten nach Eingang der Beschwerde erfolgen. Selbst die von Amerika unternommene Good-will-Reise zu den verstimmtten europäischen Partnern erbrachte keine Annäherung der Standpunkte. Die drohende Verletzung der Welthandelsordnung läßt keinen Raum für Kompromisse, auch nicht zugunsten der Führungsmacht.

BIZ

Breitere Basis angestrebt

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, ist die älteste internationale Finanzorganisation. Die wichtigsten nationalen Zentralbanken arbeiten in den Gremien der BIZ zusammen, um die Entwicklung regionaler und globaler Finanztransaktionen gemeinsam zu verfolgen. Sie spricht von Fall zu Fall Empfehlungen aus, die von einzelnen Zentralbanken sowie von nationalen Gesetzgebern umgesetzt werden können. Sie stellt so eine Art informelles Aufsichtsorgan der Weltfinanzmärkte dar.

Die BIZ wird als AG nach schweizerischem Recht geführt und begibt neue Aktien, nicht zuletzt, um weiteren Zentralbanken die Mitgliedschaft als Miteigentümerinnen zu ermöglichen. Entsprechende Einladungen ergingen an die Zentralbanken von Brasilien, China, Hongkong, Indien, Korea, Mexiko, der Russischen Föderation, von Saudi-Arabien und Singapur. Mit der Einladung erkennt die BIZ das wirtschaftliche Gewicht dieser Regionen an, in den Fällen von Hongkong und Singapur insbesondere die Bedeutung dieser Märkte für die internationale finanzielle Verflechtung. Die Erweiterung des Eigentümerkreises soll auch zur besseren Steuerung der global fluktuierenden Finanzströme, zumal der Derivate, beitragen.

Bundesrepublik Deutschland

Konjunktur

Verhaltener Aufschwung

Das Bruttoinlandsprodukt soll im Jahr 1997 um durchschnittlich 2,5 % wachsen, das sagen führende Wirtschaftsforschungsinstitute voraus. Vorausgesetzt werden dabei beschäftigungsfördernde Tarifabschlüsse. Eine Abnahme der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit wird dabei nicht erwartet. Neben strukturellen Gründen für das beschäftigungsneutrale Wachstum tritt als konjunkturelle Komponente ein erwarteter Lagerabbau hinzu. Eine wesentliche Stütze der Binnenkonjunktur stellen wiederum Waren- und Dienstleistungsexporte dar, für die ein Wachstum von 5 % erwartet werden. Gleichwohl bleibt der Exportzuwachs in Höhe von 6 % (preisbereinigt) deutlich hinter dem Wachstum des Welthandels zurück, so daß der deutsche Anteil tendenziell weiter zurückgehen wird. Schwer einzuschätzen sind auch die konjunkturellen Wirkungen, die vom Finanzgebaren der öffentlichen Hände, insbesondere des Bundes, ausgehen.

Außenhandel

Halbjahreswende

Der deutsche Außenhandel scheint mit Beginn des zweiten Halbjahrs die Wende geschafft zu haben. Die Ausfuhren im Juli lagen mit 67,5 Mrd. DM um 11 höher als

im Vormonat und um 16,5 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Einfuhren zeigen die selbe Tendenz, allerdings auf niedrigerem Niveau: Mit 56,6 Mrd. DM im Juli lagen sie um 5 % über dem Vormonat und um 8,9 % über dem Vorjahresmonat.

Standortdebatte

Auslandsinvestitionen

Die anhaltend hohen deutschen Auslandsinvestitionen werden immer wieder ins Gespräch gebracht, wenn es um den Standort Deutschland, insbesondere die Beschäftigungsprobleme geht. Das IfO-Institut für Wirtschaftsforschung hat untersucht, ob deutsche Auslandsinvestitionen ein Indiz für inländische Arbeitsplatzvernichtung darstellen. Einen engen kausalen Zusammenhang hat das Institut nicht gefunden. Motiv für die Investitionen sei häufiger die angestrebte Nähe zu ausländischen Märkten als die Kostensituation im Inland. Auslandsinvestitionen führen überwiegend Unternehmen durch, die expandieren, und deshalb mit ihrem Engagement im Ausland keinen Stellenabbau im Inland verbinden, jedenfalls nur in einem Rahmen von 7 bis 15 Prozent. Für weit bedrohlicher wird die Tatsache angesehen, daß Deutschland als Zielland ausländischer Direktinvestitionen weiter an Attraktivität verliert. Das Defizit (deutsche Direktinvestitionen im Ausland abzüglich der ausländischen in Deutschland) hat 1995 die Rekordhöhe von 34 Mrd. DM erreicht, Tendenz: weiter steigend.

Europäische Union

Wirtschaftswachstum

IWF-Prognose

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für die EU 1997 ein wirtschaftliches Wachstum von 2,5 %, nicht ohne deutliche Hinweise auf Risiken, die diesen Erfolg noch gefährden können. Dazu zählen die Sparmaßnahmen der Staaten, die sich auf einen Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) vorbereiten, mit ihrer nachteiligen Wirkung auf den Konsum. Dazu zählen ferner Vorbehalte hinsichtlich der politischen Umsetzung der Maastricht-Beschlüsse in den Mitgliedsstaaten und nicht zuletzt die anhaltend angespannte Lage auf den Arbeitsmärkten. Für Deutschland wird mit 2,4 % Wachstum eine Schätzung abgegeben, die sich mit nationalen Prognosen deckt. Die Erfüllbarkeit der Maastricht-Kriterien wird an der Grenze gesehen. Sorge bereiten sowohl die zulässige Staatsverschuldung von höchstens 60 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als das Haushaltsdefizit, das 3 % des BIP nicht überschreiten darf. Zu bedenken ist dabei auch, daß die Schulden in absoluten Größen geplant, aber am Ende relativ (als Anteil am BIP) gewertet werden: ein schwächeres als das erwartete BIP-Wachstum stellt somit ein eigenständiges Risiko dar, daß die Grenzwerte überschritten werden.

Einzig die Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation liegen deutlich über der Mindestnorm (2,3 % europaweit, 1,7 % in Deutschland).

Förderprogramme

Hilfe für Nachbarn

Die langjährigen Förderprogramme für die mittel- und osteuropäischen Länder, Phare und Tacis, werden zunehmend positiv bewertet. Die EU schreibt diesen Programmen einen wichtigen Teil an der wirtschaftlichen Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) zu. Im Mittelpunkt des Phare-Programms standen 1995 Infrastrukturvorhaben. Von einem reinen Hilfsinstrument, das den Destinatarastaaten Know-how und finanzielle Zuschüsse brachte, ist das Programm zu einem wesentlichen Bestandteil der Heranführungsstrategie an die EU entwickelt worden. Die Organisation und das Programm-Management sind inzwischen auf die neue Situation hin angepaßt worden, mit Erfolg: zehn der elf Staaten (außer Albanien) haben Beitrittsanträge gestellt.

Sparsam dotiert ist das neue EU-Mehrjahrprogramm für den Mittelstand (also für die kleinen und mittleren Unternehmen, kurz: KMU) mit etwas über 1 Mrd. Ecu. Neben der geringen Mittelausstattung wird kritisiert, daß die KMU, vertreten durch ihre Verbände, nicht in angemessenem Maße an den europäischen Entscheidungsverfahren beteiligt werden. Auch die Anstrengungen, administrative Hemmnisse, die insbesondere kleinere Unternehmen treffen, abzubauen (erkennbar an dem Anteil von weniger als 1 % am Gesamtvolumen des Programms), werden als unzureichend empfunden. Die EU hält dagegen, daß die Abstimmungen mit nationalen Programmen vielfach nicht gelinge, so daß unterschiedliche Bedingungen aufwendige Nachverhandlungen nötig machen. Hinsichtlich der deutschen Anträge wird bemängelt, daß die Abstimmung und Koordinierung auf Bundesebene zu beträchtlichen Verzögerungen führen.

Meda startet: das Förderprogramm für Mittelmeeraanrainerstaaten, die nicht EU-Mitglieder sind, ist jetzt bewilligt worden. Für eine Laufzeit bis Ende 1999 stehen insgesamt 4,7 Mrd. Ecu zur Verfügung. Im Rahmen dieser Partnerschaft werden Projekte gefördert in: Ägypten, Algerien, dem Autonomiegebiet (Gaza und Jericho), Israel, Jordanien, dem Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, der Türkei und Zypern.

Nordamerika

NAFTA

Handelshemmnis Umweltrecht?

Die NAFTA hat das Ziel, Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse zwischen den USA, Kanada und Mexiko zu verbannen. Einheitliche Umweltschutzvorschriften sind in dem Abkommen nicht vorgesehen. Deshalb konstituiert das Gemeinschafts-

recht zwar einen gemeinsamen Verbraucher-, aber keinen gemeinsamen Produzentenmarkt.

Die Aussparung des Umweltrechtes hat den Vorteil, daß die hohen Standards der US- und der kanadischen Wirtschaft erhalten bleiben (Vermeidung einer Harmonisierung auf niedrigerem Niveau), zugleich aber auch den Nachteil, daß die einstweilen zementierten unterschiedlichen Standards ein nichttarifäres Handelshemmnis darstellen können, also insofern zwar nicht dem Buchstaben, aber dem Geist des NAFTA-Abkommens entgegen stehen.

Da die Einhaltung unterschiedlicher Umweltschutznormen auch zu unterschiedlichen Kosten führt, wird von einigen Beobachtern befürchtet, daß der Druck des Marktes zu einer Lockerung der Vorschriften führen könnte. Zum einen können hiervon betroffene Güter in Mexiko nach dortigen Standards produziert und anschließend problemlos in den USA und Kanada verkauft werden, zum andern könnten die US- und die kanadischen Produzenten politischen Druck machen, um direkt auf die nationalen Vorschriften einzuwirken.

Eine einfache Lösung ist nicht in Sicht, denn eine Verpflichtung Mexikos zur Harmonisierung auf hohem Niveau, würde wiederum als Handelshemmnis wirken. Bestrebungen, die NAFTA nach Süden zu erweitern, machen das Problem nicht gerade kleiner.

Kanada

Geringe Direktinvestitionen

Die deutschen Direktinvestitionen in Kanada wurden für 1994 bisher mit (vorläufig) 331 Mio. DM angegeben, diese Zahl wurde kürzlich revidiert auf ganze 10 Mio. DM. Wie zuverlässig die Zahl für 1995 (140 Mio. DM, vorläufig) ist, kann derzeit nicht geschätzt werden. Die kanadischen Direktinvestitionen in Deutschland sind mit 143 Mio. DM (1995) ebenfalls zurückgefallen (1994: 175 Mio. DM). Es ist noch nicht genau auszumachen, welchen Anteil die Gründung der NAFTA an dieser Entwicklung hat. Fest zu stehen scheint aber, daß der gemeinsame nordamerikanische Markt die deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen nicht belebt hat. Zum Teil dürfte aber auch der Effekt durchschlagen, daß die Zunahme des Intrahandels offenbar zu einer Abschwächung des Außenhandels insgesamt geführt hat.

Konjunkturklima

Die Rosskur scheint anzuschlagen. Alle wesentlichen Konjunkturindikatoren zeigen für 1997 verbesserte Werte. Die Inflationsrate liegt bei 1,6 % und verspricht, dauerhaft niedrig zu bleiben. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird von der OECD bei 3,3 % erwartet. Neben der besseren Auslastung der bestehenden Produktionskapazitäten dürfte diese Entwicklung auch den Abbau der Arbeitslosigkeit von 9,5 % auf 9,2 % oder weniger zur Folge haben. Der privaten Binnennachfrage wird keine große Schubkraft zugetraut, so daß eine starke Abhängigkeit von den US-

amerikanischen Märkten bestehen bleibt. – Die Unabhängigkeitsbestrebungen der frankophonen Landesteile (Provinz Québec) hat zu einer spürbaren Zurückhaltung von Investoren im Raum Montreal geführt. Es wird befürchtet, daß im Falle der Abspaltung Turbulenzen in der Wirtschaftsverfassung eintreten und Investitionen in diesem Raum gefährden können.

Lateinamerika

Mexiko

Entfernung von Europa

Die Abwertungen von 1995 und 1996 mit ihren starken Exportschüben überdeckten eine Zeitlang die Verschiebung in der Struktur des mexikanischen Außenhandels: Der Güterverkehr mit Europa verliert an Bedeutung, derjenige mit den USA nimmt weiter zu. Zum Teil sind hierfür natürlich die deutlich höheren mexikanischen Einfuhrzölle für Importe aus Nicht-NAFTA-Ländern verantwortlich (4,9 % gegenüber 10 %). Trotz ständig steigender Ein- und Ausfuhren ist das Verhältnis Mexikos zu den USA nicht frei von Trübungen. Zur Zeit droht das Helms-Burton-Gesetz Ärger zu machen (das noch nicht angewendet wird), da Mexiko traditionell gute Beziehungen zu Kuba unterhält. Einen Ausweg aus der Abhängigkeit von den USA könnten die derzeit diskutierten Erweiterungen der NAFTA bzw. Partnerschaften zwischen Mexiko und einigen der lateinamerikanischen Freihandelszonen darstellen. Mit diesen Vorhaben geht es aber ebenso wenig voran, wie mit der angestrebten Partnerschaft Mexikos mit der EU.

Obwohl Mexiko am stärksten von der NAFTA profitiert, macht sich auch dort Ernüchterung breit. Die Außenhandelsüberschüsse gehen zurück. Die Gefahr, nicht genügend Devisen ins Land holen zu können, um die hohen Auslandsschulden bedienen zu können, wächst.

Die deutschen Ausfuhren nach Mexiko sind im gleichen Maße betroffen (der Anteil an den mexikanischen Einfuhren sank in den letzten drei Jahren von 11,1 auf 8,4 %). So gesehen, überrascht es nicht, daß deutsche Direktinvestitionen auf anhaltend hohem Niveau erfolgen. Mexiko ist mittlerweile das wichtigste Zielland außerhalb Europas und nach den USA. Die Zollunterschiede tragen dazu ebenso bei wie die kostensenkenden Effekte der Peso-Abwertungen. Die deutschen Unternehmen im Land, allen voran die Automobilbauer, erwirtschaften heute fast ein Fünftel des mexikanischen Bruttoinlandsproduktes.

Kuba

Nicht länger Satellit

Die kubanische Wirtschaft ist geprägt von den Folgen einer starken Bindung an die Sowjetunion. Seit deren Zusammenbruch fehlen die Transferleistungen sowie die Einnahmen aus der Abnahme von Zucker zu höheren als den Weltmarktpreisen.

Die stabile Lage in der Vergangenheit erlaubte neben ideologischen Verbeugungen vor der Schutzmacht auch manchen Luxus, etwa den weitgehenden Verzicht auf Steuern. Das kubanische Wirtschaftssystem ist inzwischen auf dem beschwerlichen Weg, ein neues Gleichgewicht aus eigener Kraft zu erreichen.

Zug um Zug werden Restriktionen aufgehoben, aber auch Gegenleistungen, insbesondere Steuern erwartet. Das Kleingewerbe, die Landwirtschaft, der Tourismus gewinnen zunehmend Freiheiten. Das Steuersystem wird modernisiert und soll (außer staatlichen Einnahmen) sicherstellen, daß in- und ausländische Investoren neues Vertrauen schöpfen. In die selbe Richtung zielt die Freigabe des Besitzes von amerikanischer Währung sowie die Einführung eines konvertiblen Peso (im Verhältnis von 1 : 1 zum ›Yankee-Dollar‹). Das größte außenwirtschaftliche, ja außenpolitische Problem hat seine Wurzeln ebenfalls in der Vergangenheit: die Enteignungen amerikanischen Unternehmens-, insbesondere Immobilienbesitzes und die Neuverteilung bzw. der Verkauf solcher Objekte. Die starre Haltung der amerikanischen Regierung, die im Helms-Burton-Gesetz gipfelt, ist wenig geeignet, den schwierigen Übergang zu normalen Verhältnissen zu erleichtern, insbesondere das Hineinwachsen in die regionalen Freihandelszonen und später in ein Panamerika.

Bolivien

Start aus der letzten Reihe

Bolivien, das zweitärmste Land Lateinamerikas, hat den Anfang eines Entwicklungspfadefes gefunden, den es freilich lange gehen muß, um erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Die Regierung unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung durch internationale Abkommen. Bolivien ist Mitglied des Andenpaktes und bereitet sich auf den Freihandel mit dem benachbarten MERCOSUR vor. Dabei lockt insbesondere die Möglichkeit, Zugang zu den Seehäfen des Nachbarlandes Chiles zu gewinnen (das seit Oktober assoziiertes Mitglied des MERCOSUR ist), um von dort aus die eigenen Bergbauprodukte verschiffen zu können. Internationale Hilfe, darunter von der Bundesrepublik Deutschland, soll dazu beitragen, die Wachstumskräfte zu stärken. Neben Entwicklungshilfeleistungen sind hier Umschuldungen in Verbindungen mit einem umfangreichem Schuldenerlaß zu nennen.

Die staatliche Privatisierungspolitik favorisiert ein Modell, das Kapitalisierung genannt wird. Dabei stocken private Investoren das Kapital von staatlichen Unternehmen auf maximal das Doppelte auf und übernehmen das Management. Der Staat nutzt seinen Anteil für die Finanzierung von Pensionsfonds, die wiederum privat verwaltet werden. Auf diese Weise sollen drei wichtige Faktoren verbessert werden: die Produktivität der Staatsbetriebe, die ausländischen Direktinvestitionen und die inländische Sparquote. Eine zweite Säule der staatlichen Wirtschaftspolitik stellt der vorrangige Ausbau der Infrastruktur dar, vor allem um die Stärke der heimischen Wirtschaft, die im primären Sektor liegt, besser nutzen zu können.

China

Unterschiedliche Träume

Eine Milliarde Chinesen locken, politische Risiken schrecken ab, die fremde Kultur erzeugt Unsicherheit bei den ausländischen Investoren. Viele Investoren suchen deshalb nach Möglichkeiten, gemeinsam mit chinesischen Partnern Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen: durch Gründung und Betrieb von Gemeinschaftsunternehmen (Joint ventures). Wer dabei nach der ›Man-nehme-Methode‹ vorgeht, kann unangenehme Überraschungen erleben. Die chinesische Zutat allein löst keine Probleme, holt vielmehr die schon am Markt schwer zu überwindenden Mentalitätsunterschiede ins Haus.

Die chinesischen Partner sind oft nicht in dem erwarteten Maße fähig, den Umgang mit den Behörden zu erleichtern. Ihre Grundeinstellung läßt sie an herkömmlichen Strukturen festhalten, die Korruption, Verschleierung und Desinformation (auch des eigenen Partners) einschließen. Zugleich streben sie vielfach (unter Hinweis auf ihre Traditionen) die Unternehmensführung an. Wer sich anschickt, von China aus chinesische Märkte zu erobern, tut gut daran, die Geschäftsführung selber zu übernehmen und auf ein leistungsfähiges Controlling zu achten. Zur Vorbereitung bieten sich der Erfahrungsaustausch mit anderen ausländischen Unternehmern, ggf. auch die Einschaltung von Beratern, deren es bereits etliche im Lande selber gibt. Übrigens hat China sehr weitgehende Vorschriften zur Auflösung von Gemeinschaftsunternehmen erlassen, die es wert sind, studiert zu werden, bevor Verträge unterzeichnet werden. Sonst droht Neulingen, die, nach dem chinesischen Wort, ›im gemeinsamen Bett liegen, aber unterschiedliche Träume träumen‹, ein böses Erwachen.

Hongkong

Dollar und/oder Renminbi Yuan?

Der für Mitte 1997 anstehende Übergang der britischen Kronkolonie in eine chinesische Sonderverwaltungszone beunruhigt die Kommentatoren stärker als die Anleger. Der Höhenflug des Hang-Seng-Index' hält jedenfalls an, und der Hongkonger Börse fließt nach wie vor ausreichend ausländisches Kapital zu, aus den USA, aber auch aus Japan. Den dort ansässigen Aktiengesellschaften wird allgemein eine führende Rolle im künftigen chinesischen Markt zugetraut. Der an die amerikanische Währung gebundene Hongkong-Dollar (HKD) dürfte im Sinne eines sanften Überganges auch nach dem 1. Juli 1997 gelten, aber wohl nicht unbegrenzt, und an den chinesischen Renminbi Yuan (CNY) gekoppelt. Die Abschaffung des HKD ist allerdings so bald nicht zu erwarten, da der CNY bisher nicht konvertibel ist.

Die Wirtschaft der Kronkolonie hat eine bemerkenswerte Entwicklung hinter – und wohl auch vor sich: vom Standort für Billigproduktionen zum Dienstleistungs-

zentrum für ganz Asien. Bereits 1994 übertraf der Wert der ausgeführten Dienstleistungen denjenigen des verarbeitenden Gewerbes. Tragende Säulen sind Finanz- und Beratungsdienstleistungen nicht zuletzt für das chinesische Hinterland. Neben Unternehmensberatungen mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung werden auch technische Beratungen geboten, insbesondere für Bauprojekte in China. Die anerkannte Qualität des Dienstleistungssektors läßt erwarten, daß die chinesische Wirtschaft den Zugang zur Weltwirtschaft bevorzugt über Hongkong suchen wird.

Japan

Yen-Schwäche mit Folgen

Der Yen ist seit Mitte letzten Jahres um etwa 30 % abgewertet worden. Entsprechend teuer sind Importe geworden. Der 1994 begonnene Importtausch verfliegt jedenfalls allmählich. Noch schrumpfen erst die Zuwachsraten, bei längerem Anhalten der Yen-Schwäche könnten die absoluten Zahlen zurückgehen. Die derzeitige Beruhigung im Handelskrieg mit den USA und anderen Ländern, dürfte deshalb kaum von langer Dauer sein. Bereits jetzt spürbar ist die Neigung japanischer Unternehmen, einzelne ins Ausland verlagerte Produktionen wieder ins Land zurückzuholen. Vor diesem Hintergrund wirkt die Absichtserklärung der sog. Japan-Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die deutsche Ausfuhr nach Japan in vier Jahren verdoppeln zu wollen, recht kühn.

Zunehmende Jugendarbeitslosigkeit

Der japanische Arbeitsmarkt hat im Ausland ein glänzendes Image: hohe Arbeitsmoral, lange Arbeitszeiten (tatsächliche, nicht so sehr gesetzlich oder tariflich geregelte), auffallende Betriebstreue. Dazu gehört aber auch das Senioritätsprinzip, dessen Kehrseite eine zunehmende Jugendarbeitslosigkeit darstellt. Deshalb wird nach Möglichkeiten gesucht, die durchschnittlichen Arbeitszeiten zu senken (was keine neuen Regeln erfordert, nur andere Gewohnheiten), um den Jugendlichen bessere Chancen zu verschaffen.

Südkorea

Willkommen im Club

Die OECD hat Südkorea eingeladen, 29. Mitglied im Club der entwickelten Industrienationen zu werden. Mit dem Beitritt wird in Kürze gerechnet. Für die Außenhandelspartner wird der Beitritt keine unmittelbaren Auswirkungen haben, da der Güteraustausch bereits jetzt die WTO-Normen erfüllt, zum Teil sogar (im positiven Sinne) unterschreitet. Deutlich liberalisiert würden aber die Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen (für die die WTO keine Regelungskompetenz besitzt). Die in den Beitrittsverhandlungen zugestandene Schonfrist für die Übernahme der strengen Umweltschutzvorschriften ist auf wenige Jahre begrenzt worden. Im Land selber wird die internationale Anerkennung des eigenen Leistungs-

standes begrüßt, der Zeitpunkt aber für recht ungünstig angesehen, da in der derzeitigen wirtschaftlichen Schwächeperiode mit deutlich höherem Wettbewerb gerechnet wird, der die heimische Wirtschaft bedrängt. Parallel zu den OECD-Aktivitäten bereiten die EU-Staaten und Südkorea den Abschluß eines Rahmenabkommens für die vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit vor.

Die Kluft zwischen Süd- und Nordkorea wird derweil immer tiefer. Die Vereinigung wird zwar nach wie vor moralisch beschworen, aber wirtschaftlich immer offener gefürchtet: die Wirtschaftsleistung pro Kopf ist im Norden auf unter ein Zehntel des Wertes für Südkorea gesunken, weil die Hilfe der ehemaligen Bruderländer fehlt, alte Märkte wegbrechen und neue nicht gefunden worden. Auslandskredite bleiben aus, da die alten Schulden nicht mehr bezahlt werden. Naturkatastrophen schaffen akute Notlagen. Ein Staatshaushalt wird derzeit nicht verabschiedet. Die deutsche Vereinigung, anfangs als Vorbild angesehen, dient mittlerweile als Schreckbild und als Stütze für die Berechnung gigantischer Transferleistungen, wenn es dazu käme.

Afrika

Weltsolargipfel

Die Sonne Afrikas

Der zweite Weltsolargipfel fand (wie der erste) in Harare/Nairobi (Kenia) statt. Die Sonne ist Afrikas wichtigste Energiequelle, die Nutzung der Solartechnik, mit deren Hilfe aus Sonnenwärme elektrische Energie gewonnen wird, findet deshalb immer weitere Verbreitung. Die Vorzüge dieser Technologie (>Hauslösungen<, also Entbehrlichkeit von Großkraftwerken, Umweltfreundlichkeit) gehen allerdings einher mit hohem finanziellem Anfangsaufwand. Die Fortschritte in der Verbreitung (insbesondere in Krankenhäusern und für den Einsatz von Wasserpumpen) waren bisher überwiegend dort möglich, wo durch internationale und nationale Hilfsprogramme Mittel bereitgestellt wurden.

Guinea-Bissau

In die Franc-Zone

Der kleine westafrikanische Staat Guinea-Bissau wird Mitglied der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) und wechselt damit aus der portugiesischen in die französische Einflußzone. Mit Beginn des Jahres 1997 wird der Guinea-Peso durch den CFA-Franc ersetzt, der an den Französischen Franc gebunden ist (derzeit gilt: 100 CFA-Franc = 1 FF). Ob in Zukunft der Euro die Funktion der Leitwährung übernehmen wird, ist noch ungewiß.

Portugal

Will dabei sein

Portugal hat den ernstesten Willen, von Anfang an Mitglied der Europäischen Währungsunion zu sein. Die Aussichten sind nicht leicht zu beurteilen, zumal die Statistiken immer mal wieder korrigiert werden. Für die Möglichkeit sprechen die Erfolge bei der Inflationbekämpfung (derzeit 3,3 %, erwartet werden 2,25 bis 2,5 %) und ein stabiler Außenwert des Escudo. Zweifel kommen auf, wenn man die hohe Staatsverschuldung von derzeit 71 % des Bruttoinlandsproduktes betrachtet (60 % sind erlaubt), die auch im kommenden Jahr nicht wesentlich sinken dürfte. Auch die Haushaltssituation hat wenig Beruhigendes: das für 1997 geplante Defizit von 2,9 % (bei erlaubten 3,0 %) ist nicht sicher (1996 werden es noch deutlich über 4 % sein) und kommt auch nur durch – nicht wiederholbare – Privatisierungserlöse in Höhe von 2,6 Mrd. \$ zustande. Vor diesem Hintergrund blühen Gerüchte über Goldverkäufe als ultima ratio.

Finnland

Blick nach Westen

Erstaunlich schnell hat sich Finnland vom Gravitationszentrum der ehemaligen Sowjetunion entfernen und auf die Europäische Union zubewegen können. Auch die (materiellen) Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion dürften problemlos erfüllt werden. Seit dem 14. Oktober ist die Finnmark dem Europäischen Währungssystem angeschlossen (1 FIM = 1 Ecu), womit auch das wichtigste formelle Erfordernis erfüllt sein wird. Der Umbau der finnischen Wirtschaft ist noch nicht abgeschlossen, Schwächen sind in der außenwirtschaftlichen Verflechtung erkennbar, vor allem aber in der Arbeitslosenquote von über 16 %. Durch die strikte staatliche Sparpolitik wurden den Arbeitslosen zusätzliche Opfer abverlangt, ohne daß der dadurch begünstigte Strukturwandel und die insgesamt stabile konjunkturelle Entwicklung bisher neue Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang hervorgebracht hätten.

Frankreich

Drinnen und draußen

Die Entwicklung der Weltwirtschaft in den letzten Jahren ist gut geeignet, Unterschiede zwischen entwickelten und weniger entwickelten Volkswirtschaften, aber auch solche zwischen einzelnen Ländern auf vergleichbarer Entwicklungsstufe zu zeigen. Ein solcher Vergleich zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaft zeigt, daß man sehr genau hinschauen muß, um Stärken und Schwächen zu erkennen.

Im staatlichen Sektor gibt es viel Vergleichbares: der Stand der Staatsverschuldung ist in Deutschland, das Haushaltsdefizit in Frankreich etwas höher. Beide Länder haben Mühe, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Auch die Inflationsraten in beiden Ländern sind niedrig mit der Folge, daß sich die Exporteure wachsenden Problemen auf den Weltmärkten gegenüber sehen.

Gleichwohl büßten die französischen Exporteure seit 1989 lediglich 4 % ein, die deutschen aber 18 %. Ähnliches gilt, allerdings spiegelverkehrt, für die Entwicklung der Lohnstückkosten, die in Frankreich in dem genannten Zeitraum um 6,6 %, in Deutschland dagegen um 18 % stiegen. Die moderate Lohnentwicklung ist sicherlich mitverantwortlich für die Erhaltung der Exportposition.

Der Arbeitsmarkt insgesamt wird nicht allein durch die Lohnstückkosten charakterisiert, und so sieht es denn in unserem Nachbarland auch keineswegs rosig aus. Die Arbeitslosigkeit liegt um etwa 3 Prozentpunkte über der deutschen, die Jugendarbeitslosigkeit allein (bezogen auf die unter 24jährigen) beträgt mit 27 % in Frankreich das Dreifache des deutschen Wertes. Verantwortlich für diese erschreckende Zahl sind nicht allein konjunkturelle Daten, sondern auch strukturelle, also kurzfristig nicht zu beeinflussende Größen. Hierzu gehören in Frankreich das System der beruflichen Bildung, das international als praxisfern gilt mit der Folge, daß nach der Berufsausbildung Qualifikationsmängel bestehen bleiben. Verstärkt wird dieser Effekt durch das Mindestlohniveau von 70 %, das – gemessen an der Qualifikation – als zu hoch erscheint und zum Verzicht auf die Einstellung von Nachwuchskräften führt.

Ukraine Mißernte

Die Ukraine strebte für dieses Jahr eine Stabilisierung ihrer Wirtschaftsleistung an, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr um 11,3 %, im Jahr davor noch um 23 % geschrumpft war. Die korrigierten Erwartungen deuten auf einen weiteren Abbau um 8,7 % hin. Wesentlichen Einfluß auf dieses Ergebnis hat die Mißernte, die allerdings nur zum Teil auf schlechtes Wetter zurückgeführt werden kann. Die Landwirtschaft leidet nach wie vor unter der Planwirtschaftsmentalität, und das nicht nur in den Betrieben, sondern auch in den Verwaltungen (als Verfügungsberechtigte für das Volkseigentum). Die angekündigten Reformen sind bisher ausgeblieben, eine Ausrichtung an Markterfordernissen ist kaum sichtbar. Gute Noten werden der Regierung für ihre Währungspolitik erteilt – und der Schattenwirtschaft, deren Berücksichtigung in der Statistik ein freundlicheres Bild ergäbe, wie der Beauftragte des Internationalen Währungsfonds sarkastisch feststellte.

Die Beziehungen zur Europäischen Union sind gut. In die Ukraine sind seit 1992 rund 214 Mio. Ecu aus dem Tacis-Programm der EU geflossen, vorzugsweise in den Energiesektor und direkt in die Sanierung der maroden Kernkraftwerke. Weitere riesige Beträge erfordert die geplante Stilllegung von Tschernobyl. Das Partner-

schafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1994 wird derzeit ratifiziert und unterstreicht den Rang, den beide Seiten dieser Beziehung zumessen.

Ein deutsch-ukrainischer Kooperationsrat, auf deutscher Seite getragen vom Bundesministerium für Wirtschaft, soll die Rahmenbedingungen für das Engagement deutscher Unternehmen in der Ukraine verbessern. In gemeinsamen Tagungen werden Maßnahmen beschlossen, welche die ukrainischen ›Rating‹-Werte verbessern und so die Voraussetzungen dafür schaffen sollen, daß Hermes-Kredite erleichtert und im Volumen erweitert werden können (ein förmliches Rating steht allerdings noch aus, was die geplante Begebung von Eurobonds erschweren dürfte). Pilotprojekte deutscher Unternehmen sind vorzugsweise auf die Schwerindustrie gerichtet.

Baltische Staaten

Aus dem Schatten

Nur allmählich gelingt es den baltischen Staaten, sich aus Traditionen zu lösen, die aus der Zwangsbindung an die Sowjetunion zurückblieben, und so aus dem Schatten des großen Nachbarn hervorzutreten. Die Inflation wird auf hohem Niveau gebändigt (Estland 24 %, Lettland 18 %, Litauen 25 %), das Bruttoinlandsprodukt wächst (Estland +3,1 %, Lettland +2 %, Litauen +1,6 %). Die Staatshaushalte leiden unter der ausgeprägten Hinterziehungsmentalität der Steuerschuldner. Die Steuern tragen denn auch insgesamt nur in geringem Maße zu den staatlichen Einnahmen bei (38,7 % in Estland, 35,4 % in Lettland, 24,5 % in Litauen). Die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering (4 % in Estland, 7,1 % in Lettland, 6,6 % in Litauen). Die größten Direktinvestoren für alle drei Länder zusammen sind Großbritannien, die USA, Dänemark, Finnland und Deutschland. Die Mittel fließen überwiegend in den Dienstleistungsbereich (Transport, Lagerung, Kommunikation, Finanzdienste). Die geplanten Privatisierungen großer volkseigener Unternehmen dürften weitere Anreize für ausländische Interessenten schaffen, sich in diesem Raum zu engagieren.

Rußland

Auslandsschulden

Die aufgelaufenen russischen Auslandsschulden machen eine koordinierte Umschuldung nötig. Zur Erleichterung der Verhandlungen haben sich die staatlichen Gläubiger im sog. Pariser Club und die privaten Gläubiger im sog. Londoner Club zusammengeschlossen und 1995 ein Abkommen geschlossen, das nun revidiert werden soll. Die addierten Forderungen ohne Zinsrückstände ergeben etwa 65 Mrd. US-\$. Die Verhandlungen darüber sind ins Stocken geraten. Gleichwohl ist Rußland bemüht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Seit Februar 1995 wurden 1,6 Mrd. \$ überwiesen. Gleichzeitig plant die Regierung eine Eurobond-Anleihe über 500 Mio. \$, die von Vertretern der europäischen Finanzwelt zum Teil recht skeptisch

beurteilt wird, obwohl die Rating-Agenturen Rußland überwiegend positive Noten zumessen.

Malta

Rückzüge

Die neue Regierung der Inselrepublik Malta vollzog die Kehrtwende in der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Orientierung. Sie stornierte sowohl den Beitrittsantrag für die Europäische Union (und schaffte die Mehrwertsteuer ab, die vorbereitend auf die Mitgliedschaft eingeführt worden war) als auch denjenigen für das NATO-Programm ›Partnerschaft für den Frieden«. Die Wahlbeteiligung hatte bei 97 % gelegen, der Stimmenanteil der Arbeiterpartei bei 50,7 %.

Außenwirtschaftsbrief 6/96. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming, Köln, Dezember 1996: Deutscher Wirtschaftsdienst.